

# Baumschutzsatzung der Stadt Lychen

Aufgrund der § 5 und 35 der Gemeindeordnung für das Land Brandenburg in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Oktober 2001 (GVBl. I S. 154 ff.) in der zur Zeit gültigen Fassung i.V. mit dem Brandenburgischen Naturschutzgesetz vom 25. Juni 1992 (GVBl. I S. 208) in der z. Zt. gültigen Fassung hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Lychen in ihrer Sitzung am 13.09.2004 folgende Satzung beschlossen.

## § 1 Anwendungsbereich

1. Der Geltungsbereich dieser Satzung beschränkt sich auf die im Zusammenhang bebauten Ortsteile und den Geltungsbereich der Bebauungspläne im Gebiet der Stadt Lychen.
2. Folgende Bäume werden als geschützte Landschaftsbestandteile festgesetzt:
  - a) Bäume mit einem Stammumfang von mindestens 60 cm (entspricht Stammdurchmesser von 10 cm)
  - b) mit einem geringeren Umfang, wenn sie aus landeskulturellen Gründen, einschließlich der Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen gem. §§ 12 oder 14 des Brandenburgischen Naturschutzgesetzes oder als Ersatzpflanzung gemäß der Baumschutzsatzung der Stadt Lychen vom 04.11.1996 gepflanzt wurden.Der Stammumfang wird jeweils in 1,30 Metern Höhe über dem Erdboden gemessen.

## § 2 Ausnahmen vom Anwendungsbereich

1. Paragraph 1 Abs. 2 a findet keine Anwendung auf:
  - a) Bäume auf Grundstücken mit einer vorhandenen Wohnbebauung bzw. auf bebaute Erholungsgrundstücke mit Ausnahme von Eichen, Ahorn, Ulmen, Platanen, Linden und Rotbuchen, die in 1,30 Metern Höhe über dem Erdboden gemessen einen Stammumfang von mehr als 190 cm (das entspricht einem Stammdurchmesser von 60 Zentimetern) aufweisen;
  - b) Pappeln, Baumweiden, Robinien, Birken sowie abgestorbene Bäume innerhalb des besiedelten Bereichs;
  - c) Obstbäume,
  - d) Bäume, die auf Grund eines Eingriffs gemäß § 10 des Brandenburgischen Naturschutzgesetzes gefällt werden, der nach § 17 des Brandenburgischen Naturschutzgesetzes zugelassen worden ist;
  - e) gewerblichen Zwecken dienende Bäume in Gartenbaubetrieben im Sinne der Baunutzungsverordnung;
  - f) Bäume in kleingärtnerisch genutzten Einzelgärten einer Kleingartenanlage im Sinne des § 1 Abs. 1 des Bundeskleingartengesetzes;
  - g) Wald im Sinne des § 2 des Waldgesetzes des Landes Brandenburg.
2. Unberührt bleibt der Schutz von Bäumen auf Grund anderweitiger Rechtsvorschriften, insbesondere zum Schutz
  - a) von Nist-, Brut- und Lebensstätten wild lebender Tiere nach § 34 Nr. 1 und 3 und § 72 des Brandenburgischen Naturschutzgesetzes,
  - b) von Alleen und Streuobstwiesen nach §§ 31, 32 und 72 des Brandenburgischen Naturschutzgesetzes,
  - c) von Teilen von Natur und Landschaft nach Abschnitt 4 (§§ 19 - 30) und § 78 Brandenburgisches Naturschutzgesetz.

## § 3 Schutzzweck

Schutzzweck dieser Verordnung ist die Erhaltung des Baumbestandes, insbesondere

- a) zur Belebung, Gliederung oder Pflege des Orts- und Landschaftsbildes und wegen seiner besonderen Bedeutung für den Erlebnis- und Erholungswert von Landschaften,
- b) auf Grund seiner ökologischen Funktionen für die Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes,
- c) wegen seiner Bedeutung als Lebensstätte wild lebender Tierarten
- d) zur Abwehr schädlicher Einwirkungen (wie Luftverunreinigung, Staub, Lärm) sowie im Sinne einer Erhaltung und Verbesserung des Kleinklimas.

## § 4 Verbote, zulässige Handlungen

1. Es ist verboten, geschützte Bäume zu beseitigen, zu beschädigen, in ihrem Aufbau wesentlich zu verändern oder durch andere Maßnahmen nachhaltig zu beeinträchtigen. Verboten sind auch alle Einwirkungen auf den Wurzelbereich von geschützten Bäumen, welche zur nachhaltigen Schädigung oder zum Absterben des Baumes führen können.
2. Ordnungsgemäße und fachgerechte Pflege- und Erhaltungsmaßnahmen sowie die Beseitigung von Bäumen im Rahmen der Umgestaltung oder Erneuerung von linearen Flurgehölzen auf der Grundlage eines Maßnahmenkonzeptes, dem die zuständige untere Naturschutzbehörde zugestimmt hat, fallen nicht unter das Verbot des Absatzes 1.

3. Maßnahmen zur Abwehr einer unmittelbar drohenden Gefahr für Leben und Gesundheit von Personen und Sachen von bedeutendem Wert fallen nicht unter die Verbote des Absatzes 1. Die getroffenen Maßnahmen sind der zuständigen Behörde unverzüglich anzuzeigen. Der gefällte Baum oder die entfernten Teile sind mindestens zehn Tage nach der Mitteilung zur Kontrolle bereitzuhalten. Bei Maßnahmen, die von den zuständigen Ordnungsbehörden oder Katastrophendiensten im Rahmen der Gefahrenabwehr ausgeführt oder angeordnet werden, entfällt eine entsprechende Nachweispflicht.
4. In der Zeit vom 15. März bis 15. September (Vegetationszeitraum) ist generell die Fällung der Bäume (geschützte und ungeschützte) verboten. In dringenden Fällen kann eine Ausnahmegenehmigung für diesen Zeitraum bei der Stadt Lychen beantragt werden.

### **§ 5 Anzeigepflicht, Genehmigung, Ersatzpflanzung, Ausgleichszahlung**

1. Eine nach § 4 Abs. 1 verbotene Maßnahme bedarf der vorherigen Genehmigung durch die zuständige Behörde. Anträge auf Genehmigung sind schriftlich unter Angabe von Gründen an die Stadt Lychen zu richten. Einem Genehmigungsantrag ist ein durch Fotos ergänzter Bestandsplan beizufügen, in dem mindestens die Bäume unter Angabe von Baumart und Stammumfang eingetragen sind.
2. Die Genehmigung nach Abs. 1 kann erteilt werden, wenn
  - a) ein nach sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften zulässiges Vorhaben sonst nicht oder nur unter unzumutbaren Beschränkungen verwirklicht werden kann;
  - b) der Baum für den Eigentümer oder sonstigen Nutzungsberechtigten zu unzumutbaren Nachteilen oder Beeinträchtigungen führt;
  - c) von dem Baum Gefahren für Personen oder für Sachen von bedeutendem Wert ausgehen und die Gefahren nicht auf andere Weise mit zumutbarem Aufwand beseitigt werden können;
  - d) Bäume im Interesse der Erhaltung und Entwicklung des übrigen Baumbestandes entfernt werden müssen.

Paragraph 72 Abs. 3 Brandenburgisches Naturschutzgesetz bleibt unberührt.

3. Die Genehmigung ist schriftlich zu erteilen; sie kann mit Nebenbestimmungen versehen werden.
4. Mit der Genehmigung zur Beseitigung soll dem Antragsteller auferlegt werden, als Ersatz Bäume in bestimmter Anzahl, Art und Größe zu pflanzen und zu erhalten; dies gilt nicht für abgestorbene Bäume. Die Bemessung der Auflage zur Ersatzpflanzung richtet sich unter Berücksichtigung des Schutzzweckes § 3 nach dem Wert des beseitigten Baumbestandes. Der Wert eines geschützten Baumes ergibt sich aus dem Stammumfang, der Baumart, dem Habitus und der Vitalität. Für jeden aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht pflanzbaren Ersatzbaum wird ein Geldbetrag festgesetzt, dessen Höhe dem ortsüblichen Preis (Ballenware) des Baumes entspricht, mit dem ansonsten die Ersatzpflanzung hätte erfolgen müssen. Mit diesem können zu 100 % des Bruttoerwerbspreises für Pflanz- und Pflegekosten festgesetzt werden. Der Geldbetrag ist zweckgebunden für die Pflanzung oder Pflege von Bäumen zu verwenden.
5. Absatz 4 gilt entsprechend, wenn Maßnahmen im Sinne des § 4 Abs. 1 ohne die nach Abs. 1 erforderliche Genehmigung durchgeführt worden sind.
6. Die Erfüllung der Verpflichtungen nach Abs. 4 geht auf den Rechtsnachfolger des Grundstückseigentümers oder Nutzungsberechtigten über.
7. Für Bäume nach § 2 Abs. 1 b besteht bei einer beabsichtigten Fällung die Anzeigepflicht ab einem Stammumfang von 190 cm ( 60 cm Durchmesser).  
Die Anzeige ist schriftlich 10 Tage vor Fällung bei der Stadt Lychen einzureichen.

### **§ 6 Ordnungswidrigkeiten**

1. Ordnungswidrig im Sinne von § 73 Abs. 2 Nr. 2 des Brandenburgischen Naturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
  - a) Bäume entgegen den Verboten des § 4 Abs. 1 ohne die erforderliche Genehmigung beseitigt, beschädigt, in ihrem Aufbau wesentlich verändert oder durch andere Maßnahmen nachhaltig beeinträchtigt;
  - b) die in § 4 Abs. 3 vorgeschriebene Mitteilung an die zuständige Behörden unterlässt;
  - c) entgegen § 4 Abs. 3 den gefällten Baum oder die entfernten Teile nicht mindestens zehn Tage nach der schriftlichen Mitteilung zur Kontrolle bereithält;
  - d) die Auflage nach einer Ersatzpflanzung nach § 5 Abs. 4 gar nicht, nicht vollständig oder nicht fristgerecht oder der Ausgleichszahlung nicht nachkommt.
2. Die Ordnungswidrigkeiten nach Abs. 1 können mit einer Geldbuße bis zu 10.000 Euro, in den Fällen der Ziffer a bis zu 50.000 Euro geahndet werden.

## **§ 7 In-Kraft-Treten**

Diese Satzung tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

Lychen, den 18.09.2004

Klemckow  
Bürgermeister